

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug werden sämtliche Postkonten befreit. Unter Erwidlung bezogen für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6

Die neuangelegte Kompartimentelle oder deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Anfertigung. Keine Kasse! Das fertige Blatt 2.— M., jedes weitere Blatt 1,50 M. einschließlich Anfertigung. Ausland: Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wort-Anzeigen das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Blatt 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Katastrophe der Kartoffelversorgung

### Weiteres Steigen der Preise — Wachsende Erregung der Verbraucher — Völlige Untätigkeit der Reichsregierung

Auch in den letzten Tagen haben sich die Verhältnisse in der Kartoffelversorgung der Bevölkerung erheblich zuspitzelt. Die Preise steigen unausgesetzt, das Angebot ist nach wie vor sehr knapp. Es handelt sich ganz zweifellos um eine systematische Zurückhaltung der Kartoffeln, geboren aus dem Wunsch nach höheren Preisen. Die Landwirte wollen den Dollarpfennig für Kartoffeln, wie selbst der Ministerpräsident Stegerwald erklärt hat. Der Wunsch nach hohen Preisen ist der wahre Grund für alle die Schwierigkeiten, unter denen die Masse der Bevölkerung jetzt so gewaltig leidet und die sich noch vergrößern werden, wenn nichts dagegen geschieht.

Diese Erkenntnis verbreitet sich jetzt auch in den Kreisen der nichtsozialistischen Arbeiter. In der Zeitung „Der Deutsche“, dem Blatt Stegerwalds, wird folgender Passus aus dem Industriegebiet veröffentlicht:

„Die fortwährenden Beteuerungen der Regierung, daß die Kartoffelversorgung gesichert sei, erweisen sich als unrichtig. Alle Bemühungen, die gemacht werden, um der lohnarbeitenden Bevölkerung die für den Winterbedarf so notwendigen Kartoffeln zu sichern, scheitern. Im Industriegebiet herrscht die allgemeine verbreitete und glaubwürdige mitgeteilte Auffassung, daß seitens der Erzeuger die Kartoffeln nur geliefert werden, wenn ein ihnen genehmer Preis geboten wird. Viele von den im Industriegebiet ankommenen Kartoffeln sind schlecht und ungesund und ungelesen verladen. Der Händlerpreis erhöht sich fortwährend.“

Die Ernte hat nach den Veröffentlichungen der Presse genügend Kartoffeln gebracht. Die Regierung erklärte mehrmals in hochoffizieller Form eine Sicherstellung der Kartoffelversorgung, und die Bevölkerung hörte von einem Erzeugerpreis von 35 bis 40 M. und einem Händlerpreis von 50 bis 55 M., und nun kommt es auch im dritten Nachkriegs Herbst noch schlimmer als bisher. Der „Segen“ der aufgehobenen Kartoffelzwangswirtschaft offenbart sich in einer dampfhafte Wucherwirtschaft.“

So ist es in der Tat. Die freie Wirtschaft ist dampfhafte Wucherwirtschaft. Das sehen jetzt endlich auch die christlichen Arbeiter ein. Aus Gelsenkirchen ging folgendes Telegramm an das Reichswirtschaftsministerium ab:

„Kartell der christlichen Berufsverbände für Gelsenkirchen und Umgegend verweist auf wucherhafte Kartoffelpreiserhöhung. Händlerpreis 90—100 M. je Zentner. Entleerung für Lohnempfänger unmöglich. Starke Erregung vorhanden. Katastrophale Folgen muß Regierung abwenden.“

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter wandte an das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Telegramm, in dem es heißt:

„Auf der Beamtenkonferenz wurde festgestellt, daß in allen Bergwerksgebieten ein geradezu beispielloses Wucher mit den Kartoffeln getrieben wird. Im Einzelverkauf (pfundweise) werden 100 M. für den Zentner gefordert. Bei Abgabe von ganzen Zentnern 80—90 M. pro Zentner. In einigen Gebieten werden schon von den Landwirten Preise von 75—100 M. pro Zentner verlangt. Dieser Wucher erzeugt unter der Arbeiterklasse eine ungeheure Erbitterung, welche die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen haben kann.“

Trotzdem will die Regierung in völliger Untätigkeit verharren. Der Reichs- und Staatskommissar Mehlisch hat wegen der Kartoffelversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit dem Reichsernährungsminister Hermes Unterhandlungen gepflogen. Trotz der Widerlegung durch das Reichsministerium, das ausdrücklich festgestellt hat, daß die Behauptung unrichtig ist, in diesem Jahre würde weniger rollendes Material zum Versand der Kartoffeln zur Verfügung gestellt als im Vorjahre, hat Herr Hermes diese Unwahrheiten verbreitet.

#### Was aber will Herr Hermes tun? — Nichts!

Er hat erklärt, er habe bereits einen Erlaß an die landwirtschaftlichen Organisationen gerichtet und sie ersucht, die Landwirtschaft mit Nachdruck zu einer verstärkten Ablieferung der Kartoffeln anzuhalten. Er sei auch bereit, in einzelnen Städten, wenn ein akuter Mangel sich ergeben habe, auf eine bevorzugte Wagenstellung hinzuwirken. Die Festlegung von Richtlinien seitens der provinziellen Präsidialstellen in Verbindung mit landwirtschaftlichen Organisationen halte er für eine erwägenswerte Maßnahme; sein Ministerium werde diese Frage prüfen und sich mit dem Reichswirtschaftsministerium in Verbindung setzen.“

Das ist alles. Nichts von einem wirksamen Vorgehen gegen die wucherhaften Preiserhöhungen, nichts gegen die sträfliche Zurückhaltung der Ware. Von Herrn Hermes drohen den Agrariern und Händlern keine Gefahren. Er ist und bleibt ihr Schutzherr, und das, trotzdem die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche Gewerkschaftsbund“, in einer Eingabe an das Ernährungsministerium erklärt hat:

„In das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft richten wir in Vertretung der zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörenden 2 1/2 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten die dringende Bitte, für die denkbar bestmögliche Versorgung der Hauptverbrauchsgebiete und weiter für eine Senkung der Preise überall da zu sorgen, wo diese zu Wucherpreisen

von der bürgerlichen Mehrheit als ein untaugliches Mittel abgelehnt, das nur den Landwirt schädigen kann.“

Von der Landwirtschaft ist deshalb keine Selbstzucht, kein freiwilliges Herabdrücken der Preise zu erwarten. Es bleibt nur der eine Ausweg: Beseitigung des freien Handels, Einführung eines Umlagezwangsverfahrens, das die Kartoffelversorgung der städtischen Bevölkerung sowohl dem Umfang wie der Preishöhe nach sichert. Diese Forderung ist so auch, wie aus der Eingabe der christlichen Gewerkschaften hervorgeht, die Forderung der christlichen Arbeiterklasse.

Erfüllt die Regierung sie nicht, so wird sich mit Recht die Erbitterung gegen sie richten. Der Reichsfinanzminister Wirth hat bei den verschiedensten Gelegenheiten Worte des Verständnisses für die Notlage der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger gefunden. Jetzt hat er zu zeigen, ob er die Konsequenzen aus diesen Worten ziehen und trotz des Widerstandes der Landwirte zu Taten übergehen will, die die Verbraucher schützen.

## Der Sieg des Proletariats

muß morgen errungen werden. Dazu muß die gesamte Berliner Arbeiterschaft an die Wahlurne gebracht werden, keine Stimme darf der unabhängigen Sozialdemokratie verloren gehen! Das aber

### hängt ab von der Kleinarbeit

des Wahltages! Unterschätze niemand die ausschlaggebende Bedeutung der mühevollen, aber fruchtbringenden Kleinarbeit! Nur wenn alle Parteigenossen und Parteigenossinnen den ganzen Tag unermüdet am Werke sind, wird der Sieg errungen werden

## für die Unabhängige Sozialdemokratie

ausgearbeitet sind. Wir halten nach Fühlungnahme mit Sachverständigen einen Preis von 45 bis 50 M. ab Station für durchaus genügend, auch vom Gesichtspunkt der Produktionsfreudigkeit aus, und wir verlangen, daß Käufer und Verkäufer, die höhere Preise geben und nehmen, rücksichtslos von der Wuchererhöhung erfaßt werden. Wir verlangen weiter, daß alle Kartoffeln, die über den notwendigen Eigenbedarf hinaus am 1. November noch nicht dem Verbrauch zugeführt sind, der Beschlagnahme unterliegen sollen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt dem Ministerium seinen gewerkschaftlichen und politischen Einfluß zur Erreichung dieser Ziele vorbehaltlos zur Verfügung.“

Herr Hermes denkt trotzdem nicht daran, in diesem Kampf zwischen den Wucherabsichten der Agrarier und Händler und den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung auf die Seite der letzteren zu treten. Er hält an seiner freien Wirtschaft fest, trotzdem sie die Masse der Bevölkerung dem Verhungern nahe bringt, Elend und Not verbreitet, zu neuen Lohnbewegungen zwingt und das Wirtschaftsleben schwer erschüttert. Er fügt sich den Wünschen der Agrarier, die die jetzigen Wucherpreise für durchaus berechtigt halten. In einem Artikel der Zeitung „Reichsbund“ wird unter Fälschung der Zahlen über die Produktionskosten der Landwirtschaft ein Kartoffelerzeugerpreis von 87,20 Mark herausgerechnet. Das würde einen Verbraucherpreis von mehr als 100 Mark pro Zentner bedeuten. Auch damit wird aufs neue behauptet, daß der Wunsch nach Wucherpreisen die Ursache der Kartoffelnot und des Steigens der Kartoffelpreise ist. Die landwirtschaftlichen Organisationen denken nicht daran, auf ihre Mitglieder im Sinn eines Preisdrucks einzuwirken. Sie tun das Gegenteil. Nach Angabe der Landwirte sind die Händler an den hohen Preisen schuld. Das haben sie bereits gesagt, als die Getreidepreise stiegen. Sie jammerten: die Landwirte sind die Verführten der Händler. Wie aber steht es in Wirklichkeit? In Nr. 35 der Zeitung „Der brandenburgische Landwirt“ heißt es in dem Bericht über eine Vorstandssitzung folgendermaßen:

„Der Vorschlag einzelner Herren jedoch, auf unsere Mitglieder allgemein im Sinne einer Senkung der Preise für Getreide einzuwirken, indem wir auffordern, die ihnen von den Händlern gebotenen Preise als zu hoch zurückzuweisen, wurde

## Worte — aber keine Taten

### Ergebnislose Verhandlungen

Berlin, 14. Oktober.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde seitens der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Besprechung mit Minister Dr. Hermes lebhaft Klage über die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung geführt. Die Klagen wurden damit begründet, daß die Kartoffeln nur stöckend anrollten und infolgedessen der Bevölkerung die Möglichkeit genommen sei, sich ausreichend für den Winter mit Kartoffeln zu versorgen. Besonders bei unruhig wirkenden hohen Preisen, die ein Eingreifen der Regierung gegen die wucherische Ausbeutung der Konsumenten notwendig machten.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß die Kartoffelfrage im wesentlichen eine Transportfrage sei. Die Wagenstellung für Kartoffeln sei infolge verschiedener ungünstiger Momente, insbesondere der Unmöglichkeit, die Wasserstrassen zu benutzen, im September nicht ausreichend gewesen. Durch die dadurch bedingte Knappheit seien die Preise sprunghaft in die Höhe gestiegen. Er habe sich daher bereits vor längerer Zeit mit dem Reichsverkehrsministerium in Verbindung gesetzt und auf eine Verstärkung der Wagenstellung gedrungen. Es müsse anerkannt werden, daß die Zahl der gestellten Wagen in der letzten Zeit in erfreulicher Weise gestiegen sei und zur Zeit täglich etwa 6500 betrage. (Trotzdem sind aber die Preise weiter gestiegen! Red. d. Fr.) Diese Zahl entspreche derjenigen des Vorjahres. Durch weitere energische Maßnahmen hoffe er, daß noch eine weitere Verstärkung erzielt werde.

Die augenblickliche Preisgestaltung bedauere er im Interesse der Konsumenten lebhaft. Von einer generellen Festlegung von Höchst- und Richtpreisen verspreche er sich jedoch mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Ernte in den einzelnen Teilen Deutschlands und den bisher gemachten Erfahrungen keinen wesentlichen Erfolg, sondern viel eher einen Schaden für die Konsumenten. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß nach der Festlegung von Höchstpreisen die Ware vom Markt verschwände und der reelle Handel sich vom Geschäft zurückziehe. An seiner Stelle übernehme der Schieberhandel das Geschäft und das Publikum wäre genötigt, sich ausschließlich zu einem erheblich teureren Preise mit Kartoffeln zu versorgen als vor Festlegung der Höchstpreise. Dagegen müsse versucht werden, in stärkerem Umfang als bisher Verbraucher und Erzeuger in Berührung zu bringen um eine unmittelbare Beseitigung der Konsumenten herbeizuführen (damit fallen aber die Preise nicht), zu diesem Zwecke halte er es für wünschenswert, daß sich die großen Konsumentenverbände mit den maßgebenden landwirtschaftlichen Verbänden in Verbindung setzen und unter Festlegung eines den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Preises Lieferungsverträge abschließen. (Derselbe Betrug wie im Vorjahre!) Nach dieser Richtung hin seien bereits Verhandlungen in seinem Ministerium eingeleitet; er sei jedoch bereit, nochmals der Landwirtschaft den Abschluß solcher Lieferungsverträge zu empfehlen.

Seitens der Vertreter des Gewerkschaftsbundes wurde der Wunsch vorgetragen, mit Nachdruck auch gegen diejenigen Händler und Landwirte vorzugehen, die sich des Wuchers schuldig machten, und zu diesem Zwecke der Ausbau der Preisprüfungsstellen angeregt.

Minister Hermes erklärte sich bereit, auch diese Frage zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium nochmals eingehend zu prüfen und bestimmte Anweisungen an die Preisprüfungsstellen herauszugeben.

# Morgen fällt die Entscheidung über Groß-Berlin!

Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte, Beamte — Heraus zur Wahl! Alle Stimmen für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!





